

Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel



Europabericht 16/2005
vom 09.09.2005

EUROPABERICHT Nr.: 16/2005

Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

ERWEITERUNG/TÜRKEI: AUßENMINISTERRAT ERREICHT KEINE EINIGUNG ÜBER VERHANDLUNGSMANDAT UND GEGENERKLÄRUNG; EP VERTAGT RATIFIZIERUNG DES ZUSATZPROTOKOLLS ZUR ZOLLUNION EU/TÜRKEI

Der informelle Außenministerrat in Newport konnte sich am 02.09.2005 nicht auf einen gemeinsamen Rahmen für den geplanten Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei am 03.10.2005 einigen. Strittig ist insbesondere eine Gegenerklärung der Mitgliedstaaten zu der einseitigen Erklärung der Türkei vom 29.07.2005, wonach die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zur Zollunion EU/Türkei („Ankara-Protokoll“) keine völkerrechtliche Anerkennung Zyperns bedeutete. Zeitgleich hat das Europäische Parlament die Ratifizierung dieses Zusatzprotokolls von der Tagesordnung der Plenarsitzung am 06.09.2005 abgesetzt.

PERSONAL: NEUER STÄNDIGER VERTRETER SLOWENIENS BEI DER EU

Herr Botschafter Igor Senčar ist zum 1. August 2005 zum neuen Ständigen Vertreter Sloweniens bei der Europäischen Union als Nachfolger von Herrn Botschafter Ciril Štokelj ernannt worden.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Inneren

KOMMISSION SCHLÄGT RICHTLINIE ZUR RÜCKFÜHRUNG ILLEGAL IN DER EU LEBENDER AUSLÄNDER VOR

Die Kommission hat eine Richtlinie über gemeinsame Normen und Verfahren zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger vorgeschlagen. In der EU werden jährlich ca. 650.000 Rückführungsentscheidungen getroffen, nur ca. 1/3 der Betroffenen reist aber aus. Der Vorschlag, der im Mitentscheidungsverfahren anzunehmen ist, regelt Verfahren, Form, Rechtsschutz, Wiedereinreiseverbot, Aussetzungsgründen und Abschiebehaft; er findet sich unter:

http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0391de01.pdf

KOMMISSIONSMITTEILUNGEN ZUR FLÜCHTLINGS-, EINWANDERUNGS- UND INTEGRATIONSPOLITIK

1. Mitteilung über eine gemeinsame Integrationsagenda: Die Kommission greift die vom Rat angenommenen 11 gemeinsamen Grundprinzipien zur Integration auf und listet mögliche Umsetzungsmaßnahmen auf nationaler und auf EU-Ebene auf. Die Mitteilung findet sich unter:
http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0389de01.pdf
2. Mitteilung über regionale Schutzprogramme: es werden Kernelemente regionaler Schutzprogramme beschrieben mit denen Flüchtlingen möglichst nah an ihrem Herkunftsland Schutz gewährt werden soll. Ein erstes Pilotprojekt möchte die Kommission im Raum Ukraine, Moldawien und Weißrussland durchführen. Die Mitteilung findet sich unter:
http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0388de01.pdf
3. Mitteilung Migration und Entwicklung – konkrete Leitlinien: Migrationspolitik und Entwicklungszusammenarbeit sollen in Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern stärker verknüpft werden. Im Mittelpunkt stehen Geldtransfers, die Migranten in großem Umfang in ihre Heimatländer leisten und die dort erhebliche Bedeutung haben. Günstigere, schnellere und sicherere Überweisungen in die Herkunftsländer sollen ermöglicht werden. Die Mitteilung findet sich unter:
http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0390de01.pdf

NATURKATASTROPHEN 2005 – ÜBERBLICK ÜBER MAßNAHMEN AUF EU-EBENE

- Hurrikan Katrina im Südosten der USA: US-Bitte um EU-Unterstützung; fast alle Mitgliedstaaten haben Hilfe angeboten, Koordinierung durch das rund-um-die-Uhr besetzte Beobachtungs- und Informationszentrum (BIZ) der Kommission
- Auguthochwasser in Österreich, Bayern und der Schweiz: Katastrophenschutz durch betroffene Staaten, keine Bitte um EU-Unterstützung; zweifelhaft, ob Schadensschwelle des Solidaritätsfonds (3 Mia. € oder 0,6 % BIP) erreicht wird (bayerischer Schaden ca. 170 Mio. €, aber gemeinsamer Antrag mit Österreich möglich)
- Hochwasser in Rumänien/Bulgarien: Bitte um EU-Unterstützung, Bereitstellung von Hilfskräften und Material durch viele Mitgliedstaaten, Koordinierung durch BIZ; Schaden ca 500 Mio. €
- Waldbrände in Portugal: Bitte um EU-Unterstützung bei Brandbekämpfung – Bereitstellung von Löschflugzeugen / Hubschraubern durch D, E, F, I und NL; Koordinierung durch BIZ
- Schwere Stürme in Schweden u. Baltikum (Januar 2005): Schaden ca. 2,5 Milliarden €; Kommission schlägt Zuwendung von ca. 90 Mio € aus Solidaritätsfonds vor.
- Tsunami in Südasien: breiter EU-Aktionsplan vom 31.01.2005

KOMMISSION ZUR DEUTSCHEN VISAPOLITIK: „CHROBOG-ERLASS“ HAT VERSTÖSSE DES „VOLMER-ERLASSES“ BESEITIGT

Die Kommission hat die Anfrage von MdEP Joachim Wuermeling zur Vereinbarkeit der deutschen Visapolitik mit der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion (GKI) der EU beantwortet. Der „Volmer-Erlass“ vom 03.03.2000 stand im Widerspruch zur GKI. Mit dem „Chrobog-Erlass“ vom 26.10.2004 der den Volmer-Erlass ersetzte, wurden die Verstöße beseitigt. Die Kommission will Anfang 2006 einen Vorschlag für die Neufassung der GKI vorlegen.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz

KOMMISSION LEGT STUDIE ZU HYPOTHEKARKREDITEN IN DER EU VOR

Ergänzend zu dem Grünbuch „Hypothekarkredite in der EU“ vom 19.07.2005 hat die Kommission Anfang August die angekündigte Studie über Kosten und Nutzen einer weiteren Integration der EU-Hypothekarkreditmärkte veröffentlicht. Der Studie zufolge wird das grenzübergreifende Geschäft mit Hypothekarkrediten der EU-Wirtschaft einen Mehrwert von 94,6 Mrd. Euro einbringen.

http://europa.eu.int/comm/internal_market/finservices-retail/docs/home-loans/2005-report-integration-mortgage-markets_en.pdf

AKTUALISIERTE FASSUNG DES OLAF-HANDBUCHS

Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) hat am 31.08.2005 eine aktuelle Fassung seiner internen Vorschriften über seine Untersuchungen und sonstigen Verfahren veröffentlicht.

Die elektronische Fassung des OLAF-Handbuchs ist abrufbar unter:

http://bookshop.eu.int/eubookshop/FileCache/PUBPDF/OB6705953ENC/OB6705953ENC_002.pdf

EUGH: GENERALANWALT LEGT SCHLUSSANTRAG IM ERSTEN VERFAHREN ZUR EUROPÄISCHEN INSOLVENZVERORDNUNG VOR

In dem Vorlageverfahren des Bundesgerichtshofs C-1/04 (Susanne Staubitz-Schreiber) hat Generalanwalt Damaso Ruiz-Jarabo Colomer am 6. September seinen Schlussantrag gestellt. Er vertritt darin die Auffassung, dass für die Entscheidung über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens das Gericht des Mitgliedstaates zuständig ist, bei dem der Antrag auf Eröffnung gestellt worden ist. Dies gelte auch dann, wenn der Schuldner nach Antragstellung, aber vor Eröffnung den Mittelpunkt seiner hauptsächlichen Interessen in einen anderen Mitgliedstaat verlegt habe.

<http://www.curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&Submit=Submit&alldocs=alldocs&numaff=C-1/04>

BESTEUERUNG VON DIENSTLEISTUNGEN AN PRIVATPERSONEN

Die Kommission hat am 20. Juli 2005 eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 77/388/EWG bezüglich des Ortes der Dienstleistungen vorgeschlagen. Um sicherzustellen, dass die Mehrwertsteuer tatsächlich dem Staat, in dem die Leistung in Anspruch genommen wurde, zufließt und um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, schlägt die Kommission Änderungen beim Ort der Besteuerung z. B. bei Leistungen, die aus der Ferne erbracht werden, wie elektronische Dienstleistungen oder Fernunterricht, bei langfristiger Vermietung oder Leasing, etc. vor. Der Vorschlag kann abgerufen werden unter:

http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0334de01.pdf

SCHUTZ DER FINANZIELLEN INTERESSEN DER EU UND BETRUGSBEKÄMPFUNG – JAHRESBERICHT 2004 DER KOMMISSION

In ihrem am 20.07.2005 vorgelegten Jahresbericht zum Schutz der finanziellen Interessen der EU und Betrugsbekämpfung werden die gemeinsamen Anstrengungen von Kommission und Mitgliedstaaten in diesem Bereich bilanziert und die wichtigsten Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes der finanziellen Interessen aufgelistet, weitere Maßnahmen angekündigt und die gemeldeten Unregelmäßigkeiten analysiert. Die Zahl der mitgeteilten Unregelmäßigkeiten stieg 2004 bei gleichzeitig in fast allen Bereichen rückläufigem Schadensvolumen (mit Ausnahme strukturpolitischer Maßnahmen).

Der Bericht kann abgerufen werden unter:

http://europa.eu.int/comm/anti_fraud/reports/index_en.html

KOMMISSION GENEHMIGT KAPITALERHÖHUNGEN ZU GUNSTEN DER BAYERNLB

Die Kommission hat am 6. September 2005 die Kapitalerhöhungen von 640 Mio. € zu Gunsten der BayernLB je zur Hälfte durch die beiden Anteilseigner, nämlich den Freistaat Bayern und den Bayerischen Sparkassenverband, genehmigt. Damit ist ein langanhaltender Streit beendet.

KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN ANALYSIEREN FLUGTICKETABGABE ZUR ENTWICKLUNGFINANZIERUNG

Die Kommission hat am 1. September 2005 ein Arbeitspapier zu der Möglichkeit der EU-Mitgliedstaaten analysiert zur Entwicklungshilfefinanzierung eine Flugticketabgabe zu erheben. Das Dokument analysiert, wie vom Ecofin-Rat im Juli 2005 gefordert, zwei Optionen, nämlich eine obligatorische oder eine freiwillige Abgabe für Flugpassagiere im Rahmen einer EU-weiten Regelung, an der die Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis teilnehmen können. Vor einer möglichen Einführung möchte die Kommission eine Folgenabschätzung vornehmen.

Das Papier kann abgerufen werden unter:

http://europa.eu.int/comm/taxation_customs/resources/documents/sec_2005_1067.pdf

REGIONALFLUGHÄFEN: NEUE BEIHILFELEITLINIEN

Auf der Basis ihrer grundlegenden Entscheidung zum Flughafen Charleroi vom 03.02.2004 (s. EB 03/04) und der am 08.02.2005 eingeleiteten europaweiten Internetkonsultation (s. EB 04/05) hat die Kommission am 06.09.2005 neue Beihilfeleitlinien verabschiedet. Darin wird festgelegt, unter welchen Bedingungen Anlaufbeihilfen an Luftfahrtunternehmen gewährt werden können, die neue Flugverbindungen auf Regionalflughäfen einrichten. Die neuen Regeln sollen die Gleichbehandlung von öffentlichen und privaten Flughäfen garantieren und Wettbewerbsverzerrungen vermeiden. Weiter finden sich dort Hinweise über die Zulässigkeit von staatlichen Beihilfen an Flughäfen.

Die Kommission wird die neuen Leitlinien ab dem Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt anwenden. Diese finden sich derzeit unter:

http://europa.eu.int/comm/dgs/energy_transport/state_aid/doc/2005_09_06_aviation_guidelines_de.pdf

GALILEO: EU UND INDIEN UNTERZEICHNEN ÜBEREINKOMMEN

Anlässlich des Gipfeltreffens EU-Indien ist am 07.09.2005 in Anwesenheit des britischen Premierministers und amtierenden Ratspräsidenten Tony Blair, des Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso und des indischen Premierministers Manmohan Singh ein Übereinkommen über die Beteiligung Indiens an GALILEO sowie die gemeinsame Erarbeitung regionaler Erweiterungssysteme auf der Grundlage von EGNOS und GALILEO paraphiert worden.

Weitere Informationen über GALILEO im Internet unter:

http://europa.eu.int/comm/dgs/energy_transport/galileo

<http://www.galileoju.com>

KOMMISSION FORDERT VERSTÄRKTE ANSTRENGUNGEN DER MITGLIEDSTAATEN FÜR MEHR WETTBEWERB BEI DEN FREIEN BERUFEN

Die Europäische Kommission hat am 05.09.2005 einen Follow-up-Bericht zum Kommissionsbericht vom 09.02.2004 über den Wettbewerb bei freiberuflichen Dienstleistungen (s. EB 04/2004) vorgelegt. Sie berichtet darin über die Fortschritte in den Mitgliedstaaten bei der Überprüfung und Beseitigung ungerechtfertigter Wettbewerbsbeschränkungen im Bereich der Rechtsanwälte, Notare, Ingenieure, Architekten, Apotheker und Wirtschaftsprüfer (einschließlich des verwandten Berufs des Steuerberaters).

Der Bericht ist abrufbar unter:

http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0405de01.pdf

ENERGIE/ÖLPREIS KOMMISSION DISKUTIERT FÜNF-PUNKTE-PLAN

Die Kommission hat am 06.09.2005 einen von Energiekommissar Andris Piebalgs vorgelegten Fünf-Punkte-Plan für Maßnahmen als Reaktion auf die extrem gestiegenen Ölpreise erörtert.

FUSIONS-KONTROLLE: ÜBERNAHME DER HANDY-SPARTE VON SIEMENS DURCH BENQ GENEHMIGT

Die Europäische Kommission hat die geplante Übernahme der Handy-Sparte der deutschen Siemens AG durch BenQ Corporation aus Taiwan anhand der EU-Fusionskontrollverordnung geprüft und am 08.09.2005 genehmigt.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

FINANZIERUNG DER AGRARPOLITIK

Die Landwirtschaftsminister aus den Nettozahlerländern Österreich, Frankreich, den Niederlanden und Luxemburg trafen sich Ende August zu einem informellen Gipfel in Salzburg. Dabei betonten die Minister, dass der Brüsseler Agrarkompromiss von Oktober 2002 nicht aufgeschnürt werden dürfe.

Kritik an der britischen Präsidentschaft hinsichtlich der Beurteilung der Agrarausgaben übte jüngst auch der irische Premierminister *Bertie Ahern*.

Der niederländische Landwirtschaftsminister *Cees Veerman* erneuerte seine Forderung nach einer Kofinanzierung der Marktordnungsausgaben und der Direktbeihilfen. Der österreichische Landwirtschaftsminister *Josef Pröll* zerstreute jedoch die Hoffnungen, dass er in der ersten Hälfte nächsten Jahres im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft die Kofinanzierung der ersten Säule aktiv fördern werde.

HOPFENMARKTORGANISATION

Die Kommission hat am 1. September 2005 einen neuen Vorschlag zur gemeinsamen Organisation des Hopfenmarktes vorgelegt. Dieser Vorschlag soll im Rahmen einer Ratsarbeitsgruppe am 30. September 2005 diskutiert werden.

WEINMARKT

a) Technische Anpassung der Marktorganisation für Wein

Die Kommission hat einen neuen Vorschlag für die gemeinsame Marktorganisation für Wein vorgelegt. Diese soll im Rahmen einer Arbeitsgruppe des Rates am 11. Oktober 2005 diskutiert werden.

b) Bilaterale Weinabkommen mit USA und Australien

Die Kommission berichtete im Sonderausschuss Landwirtschaft über den Stand der Verhandlungen über ein Weinabkommen mit den Vereinigten Staaten und Australien. Es sei zu erwarten, dass die langwierigen und schwierigen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zu einem Ergebnis führen könnten. Mit Australien haben sich die Verhandlungsführer auf eine Aktualisierung des bestehenden Weinabkommens geeinigt.

AKTUELLE FRAGEN IM RAHMEN DER WTO

Die Kommission wird demnächst einen ausführlichen Bericht zum Stand der WTO-Fragen im Ausschuss nach Art. 133 vorlegen. Vorab berichtete die Kommission informell im Sonderausschuss Landwirtschaft zu folgenden Themen:

- a) WTO-Verhandlungen
- b) Tariff-Only-Regime für Bananen

KOMMISSION LEGT VORSCHLAG FÜR NEUE AQUAKULTUR-RICHTLINIE VOR

Siehe Bericht von StMUGV

EU-KOMMISSION GENEHMIGT ZWEI GENETISCH VERÄNDERTE FUTTERMITTEL – BAYER ALS NEUER ANBIETER WILL MEHR WETTBEWERB

Siehe Bericht von StMUGV

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

INTEGRATIONSAGENDA: TEIL DES MAßNAHMENPAKETS DER KOMMISSION FÜR EINWANDERUNG UND ASYL

Die EU-Kommission hat am 1. September 2005 den Vorschlag für eine *Richtlinie über gemeinsame Standards für die Rückkehr* und insgesamt drei Mitteilungen zu den Themen: „Integration, Regionale Schutzprogramme sowie Migration und Entwicklung“ angenommen. Das Paket ist gedacht als wichtiger Schritt zur Verwirklichung der Ziele des vom Rat im Juni angenommenen Haager Programms und zu einem EU-Konzept im Bereich Migration und Asyl. Die Mitteilung *„Eine gemeinsame Integrationsagenda – Ein Rahmen für die Integration von Drittstaatsangehörigen in die Europäische Union“* soll dabei eine erste Antwort der Kommission auf die im *Haager Programm* enthaltene Forderung nach einem kohärenten europäischen Rahmen für die Integration von Drittstaatsangehörigen sein und eine Art offenen Koordinierungsprozess auch in der Integrationspolitik einleiten (vgl. zu dem Gesamtpaket i.ü. den Beitrag für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern in diesem Europabericht).

http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0389de01.pdf

EUROSTAT: ARBEITSLOSENQUOTE DER EUROZONE UND DER EU25 AUF 8,6% GESUN- KEN

In der Eurozone betrug die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Juli 2005 8,6%, gegenüber 8,7% im Vormonat Juni. Im Juli 2004 hatte sie bei 8,9% gelegen. Die Arbeitslosenquote der EU25 ging ebenfalls von 8,7% im Juni 2005³ auf 8,6% im Juli zurück. Im Juli 2004 hatte sie bei 9,0% gelegen.

http://epp.eurostat.cec.eu.int/pls/portal/docs/PAGE/PGP_PRD_CAT_PREREL/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2005/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2005_MONTH_09/3-01092005-DE-AP.PDF

EP: PROGRAMM PROGRESS (BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALE SOLIDARITÄT, BERICHT JÖNS) IN 1. LESUNG

Das Europäische Parlament hat am 06.09.2005 auf der Grundlage des Berichts der Abgeordneten Karin Jöns (SPE/DE) den geplanten Beschluss zu *PROGRESS*, dem geplanten *integrierten Programm für Beschäftigung und soziale Solidarität*, in 1. Lesung (Mitentscheidungsverfahren) angenommen und zugleich den Finanzrahmen um 225,2 Millionen Euro auf 854,2 Millionen Euro für sieben Jahre (2007 bis 2013) erhöht.

<http://www2.europarl.eu.int/oeil/file.jsp?id=5189542>

E-HEALTH: EU-KRANKENVERSICHERUNGSKARTE 30 MIO. MAL AUSGEGEBEN

Die im Juni 2004 eingeführte EU-Krankenversicherungskarte, die zunächst als Ersatz für den Auslandskrankenschein E 111 dient, wird in der EU zunehmend akzeptiert. Mittlerweile wurden 30 Mio. Karten ausgegeben, am meisten davon in Italien, der Tschechischen Republik und in Deutschland (D: 3,5 Mio.). In diesem Sommer könnten es gar 50 Millionen werden. In einigen Ländern (z. B. Belgien und Irland) ist inzwischen eine Online-Bestellung der Karten möglich.

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/05/802&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://europa.eu.int/comm/employment_social/healthcard/index_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

BILDUNG: KOMMISSION SCHLÄGT AUFWÄNDIGE UNTERSUCHUNG DER FREMD- SPRACHLICHEN KOMPETENZ VON SCHÜLERN IN DER EUROPÄISCHEN UNION VOR ("FREMDSPRACHEN-PISA")

Die Europäische Kommission tritt in einer Mitteilung zur Schaffung eines Europäischen Indikators für Sprachkompetenz für die regelmäßige Überprüfung der fremdsprachlichen Kompetenz der 15-jährigen Schüler an allgemein- und berufsbildenden Schulen in den EU-Mitgliedstaaten in

mindestens zwei Fremdsprachen und vier Bereichen (Leseverständnis, Hörverständnis, Sprechen, Schreiben) in dreijährigen Zeitintervallen ein, macht in diesem Zusammenhang jedoch keine genauen Angaben hinsichtlich der finanziellen Implikationen des Vorschlages.

ANSTURM DEUTSCHER STUDIERWILLIGER AUF ÖSTERREICHISCHE MEDIZINISCHE FAKULTÄTEN

Am Rande des letzten EU-Bildungsausschusses am 05./06.09.2005 hat die österreichische Delegation mitgeteilt, dass Bildungskommissar *Figel'* bei einem Besuch in Wien die Einrichtung einer Arbeitsgruppe auf europäischer Ebene zu den Auswirkungen des EuGH-Urteils C-147/03 (Nicht-Diskriminierung beim Hochschulzugang) zugesagt habe.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

FORSCHUNG: KOMMISSION WÄHLT NEUE FORSCHUNGSPROJEKTE IM BEREICH DER SICHERHEITSFORSCHUNG AUS

Die Kommission veröffentlichte Anfang August die Liste der in der zweiten Runde der Ausschreibungen erfolgreichen 13 Vorschläge im Bereich der Sicherheitsforschung. Dieser zweite Aufruf zur Abgabe von Anträgen im Rahmen der Vorbereitenden Aktion für Sicherheitsforschung wurde am 04.02.2005 veröffentlicht und fand mit 156 eingereichten Vorschlägen ein enormes Echo.

AUSTRALISCHE UNIVERSITÄTEN STREBEN STÄRKERE FORSCHUNGSKOOPERATION MIT DER EU AN

Eine Gruppe hochrangiger Vertreter der acht in der Forschung führenden Universitäten Australiens, die auch die „Group of Eight“ (Gruppe der Acht) genannt werden, besuchte im Rahmen ihrer Europareise Paris, Brüssel und Berlin, um dort mit den wichtigsten europäischen Forschungseinrichtungen Gespräche zu führen.

EU-DRITTSTAATEN: AUF DEM EU-CHINA GIPFEL WIRD EINE ENGERE KOOPERATION IN WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE VEREINBART

Auf dem 8. EU-China Gipfel in Peking am 05.09.2005 vereinbarten die hochrangigen Teilnehmer beider Partner in einer gemeinsame Erklärung eine engere Zusammenarbeit in der Weltraumforschung, in der Wissenschaft und technologischen Entwicklung und begrüßten den Beginn des Baus des internationalen Thermonuklearen Versuchsreaktors – ITER.

BILDUNG: EMPFEHLUNG ZUR QUALITÄTSSICHERUNG IM HOCHSCHULBEREICH

Bei den abschließenden Verhandlungen zur Gestaltung einer Empfehlung des Rates und des EP zur Qualitätssicherung im Hochschulbereich ist es Deutschland gelungen, den von den Kommission beabsichtigten erheblichen Liberalisierungsschub in diesem Bereich zu verhindern und zu gewährleisten, dass alle künftigen EU-Aktivitäten zur Qualitätssicherung im Hochschulbereich sich an den Ergebnissen des Bologna-Prozesses orientieren sollen.

ANSTURM DEUTSCHER STUDIERWILLIGER AUF ÖSTERREICHISCHE MEDIZINISCHE FAKULTÄTEN

s. Beitrag des StMUK in diesem EB

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

JAHRESBERICHT 2004 ZUR UMSETZUNG VON UMWELTRECHT

Mit Datum vom 17. August 2005 hat die Europäische Kommission ein Arbeitspapier zu ihrem sechsten Jahresbericht über die Um- und Durchsetzung der EU-Umweltvorschriften für das Jahr 2004 vorgelegt. EU-Umweltkommissar *Dimas* will damit die Öffentlichkeit über den Stand der Umsetzung von Umweltrecht in den einzelnen Mitgliedstaaten informieren. Die geringere Zahl neuer Beschwerden und Vertragsverletzungsverfahren zeigt, dass sich die Umsetzung von Umweltrecht in den letzten Jahren verbessert hat.

Der Bericht ist zugänglich unter:

http://europa.eu.int/comm/environment/law/pdf/6th_en.pdf

STRATEGIE ZUR VERBESSERUNG DER STÄDTISCHEN UMWELT IN EUROPA: INTERNETKONSULTATION

Die Kommission führt noch bis zum 21. September 2005 eine Konsultation der Öffentlichkeit zur thematischen Strategie zur Verbesserung der städtischen Umwelt in Europa und zur Verringerung der Auswirkungen von Städten auf die Umwelt. durch. Der auch in deutscher Sprache abrufbare Fragebogen richtet sich sowohl an Privatpersonen als auch an nationale Behörden und Experten.

Der Fragebogen ist abrufbar unter:

http://www.europa.eu.int/comm/environment/urban/public_consultation_2005.htm

KOMMISSION LEGT VORSCHLAG FÜR NEUE AQUAKULTUR-RICHTLINIE VOR

Am 23. August hat die europäische Kommission einen RL-Vorschlag für den Bereich Aquakultur mit Gesundheits- und Hygienevorschriften für Zucht und Erzeugnisse von Fischen, Schalentieren und Mollusken für menschlichen Verzehr vorgelegt (KOM (2005)362 final). Die neue Richtlinie räumt der Seuchenprävention Vorrang ein, regelt die Entschädigung über den europäischen Fischereifonds (EFF) und verpflichtet die Mitgliedstaaten, Bekämpfungs- und Krisenpläne aufzustellen. Auch den Anliegen Bayerns zum Koikarpfen-Herpesvirus und zur Durchgängigkeit von Gewässern wurde Rechnung getragen. Die RL soll im Januar 2007 in Kraft treten.

http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0362de01.pdf

EP-PLENUM STIMMT FÜR DEREGULIERUNG BEI DER RL ZUR OPTISCHEN STRAHLUNG

Das Plenum des Europäischen Parlamentes hat am 07.09. in Straßburg über die RL zur optischen Strahlung abgestimmt. Im Mittelpunkt stand die Diskussion über die Notwendigkeit zur Verabschiedung von Regelungen zur natürlichen Strahlung (Sonnenlicht). Bei der namentlichen Abstimmung in 2. Lesung konnte sich die EVP zusammen mit den Liberalen mit Änderungsanträgen (ÄA) im Sinne von Deregulierung und Subsidiarität durchsetzen. Mit der Annahme der ÄA werden Regelungen zur natürlichen Strahlung in die Hände der MS gelegt und auf das Erstellen einer Risikobewertung und von Aktionsprogrammen verzichtet.

http://www.europarl.eu.int/press/index_de.htm

EU-KOMMISSION GENEHMIGT ZWEI GENETISCH VERÄNDERTE FUTTERMITTEL – BAYER ALS NEUER ANBIETER WILL MEHR WETTBEWERB

Im August hat die europäische Kommission zwei gentechnisch veränderte Organismen (GVO) als Futtermittel zugelassen: Die Maissorte MON 863 und den Ölraps GTS 73. Beide Sorten dürfen jetzt in die EU importiert und dort zu Tierfutter verarbeitet werden. Wettbewerbstechnisch interessant ist die Tatsache, dass mittlerweile auch die Bayer Crop Science einen Antrag auf Genehmigung der herbizidresistenten Sojasorte „Liberty-Link“ gestellt hat.

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/05/1077&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

MEDIENPOLITIK - ENTSCHESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZUR ANWENDUNG DER QUOTENREGELUNGEN IN DER FERNSEHRICHTLINIE SOWIE ZUR MEDIENKONZENTRATION

Das Europäische Parlament hält es nicht für notwendig, die in Art. 4 und 5 genannten Mindestquoten zugunsten europäischer Werke und der Werke unabhängiger Produzenten zu erhöhen; bemängelt aber Defizite bei der Ermittlung und Kontrolle der Quoten in den Mitgliedstaaten; sofern eine novellierte Fernsehrichtlinie künftig auch für neue Dienste gelten sollte, sollten nach Auffassung des Parlaments für diese Dienste ebenfalls gesetzliche Vorgaben zur Förderung europäischer Werke und unabhängiger Produktionen gemacht werden. Das Parlament ersucht die Mitgliedstaaten, ihre nationalen Vorschriften und Maßnahmen zur Begrenzung der Medienkonzentration zu prüfen und ggf. zu verschärfen sowie die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörden zu achten. Die Rolle der Kommission bei Überwachung, Informationsaustausch und beim Vergleich von Rechtsvorschriften müsse gestärkt werden. Die Entschliessung findet sich unter <http://europa.eu.int/omk/sipade2?PUBREF=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2005-0322+0+DOC+XML+V0//DE&LEVEL=3&NAV=X>

URHEBERRECHT – WETTBEWERBSRECHTLICHE BEDENKEN GEGEN TERRITORIALE MONOPOLE DER VERWERTUNGSGESELLSCHAFTEN BEI LIZENZVERGABE FÜR ONLINE-MUSIKVERTRIEB (SANTIAGO-ABKOMMEN)

Bereits im April 2004 hatte die Kommission 16 Verwertungsgesellschaften, die Lizenzgebühren für online-Musikvertrieb erheben, darauf hingewiesen, dass das Santiago-Abkommen, an dem auch die GEMA beteiligt ist, nach ihrer Einschätzung gegen EU-Wettbewerbsrecht verstoßen könnte, soweit es die im offline-Bereich seit jeher üblichen nationalen Gebietsmonopole der Verwertungsgesellschaften auf online-Angebote erstreckt. Die niederländischen und belgischen Musikrechte-Verwertungsgesellschaften BUMA und SABAM haben sich nunmehr verpflichtet, von den Gebietsschutzklauseln Abstand zu nehmen. Die Kommission führt die Verfahren gegen die übrigen Verwertungsgesellschaften weiter, sofern diese nicht vergleichbare Zusagen geben, ist mit einer förmlichen Verbotsentscheidung zu rechnen. Diese territorialen Monopole seien weder durch technische Gründe zu rechtfertigen noch mit der Reichweite des Internet vereinbar. Nähere Informationen finden sich unter:

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/05/1056&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>.

INFORMATIONSGESELLSCHAFT – KOMMISSION WILL MODINIS-PROGRAMM UM EIN JAHR VERLÄNGERN

Das bis Ende 2005 laufende MODINIS-Programm soll nach einem Vorschlag der Kommission um ein Jahr verlängert werden. MODINIS unterstützt mit einem Budget von 22,4 Millionen Euro die Beobachtung der Informationsgesellschaft in Europa, die Verbreitung von best practices, vergleichende Leistungsbewertungen und statistische Analysen auf der Basis struktureller Indikatoren. Die Verlängerung bis zum 31. Dezember 2006 wäre nach den Wünschen der Kommission mit einer finanziellen Aufstockung des Programms auf 7,72 Millionen Euro verbunden. Der Vorschlag findet sich über:

http://europa.eu.int/prelex/detail_dossier_real.cfm?CL=de&DosId=193182.